

## Nationalratswahl 2019

Das Ergebnis der Nationalratswahl ist komplett, alle Wahlkarten sind ausgezählt. Mit insgesamt 958.071 abgegebenen Wahlkarten- und Briefwahlstimmen stieg die Beteiligung zwar noch auf 75,59 Prozent. Aber das bedeutet - mit einem Rückgang um 4,41 Punkte - immer noch die zweit-niedrigste Beteiligung der Zweiten Republik. An den Stimmenanteilen änderten die 32.752 am Montag ausgewerteten Wahlkarten nicht viel.

Auch die Mandatsverteilung blieb (abgesehen von zwei SPÖ-internen Verschiebungen) gleich: Die ÖVP stellt künftig 71 Abgeordnete - und hätte sowohl mit ihrem bisherigen Partner FPÖ (31) als auch mit der SPÖ (40) und den Grünen (26) eine Mehrheit im Parlament. Nur mit NEOS (15 Mandate) ginge es sich nicht aus.

### Die Wahlsieger

Großer Wahlsieger dieser - wegen des Regierungscrashs nach dem „Ibizagate“ der FPÖ schon ausgerufenen - Neuwahl waren die ÖVP und die Grünen. Der ÖVP gelang es erstmals seit 1966, den (2017 errungenen) ersten Platz zu verteidigen; sie legte noch einmal kräftig, um 5,99 Punkte, auf 37,46 Prozent zu. Die Grünen feierten zwei Jahren nach ihrem Rauswurf mit dem besten Ergebnis der Parteigeschichte, 13,90 Prozent (plus 10,10) ein fulminantes Comeback.

Die SPÖ rutschte mit einem saftigen Minus von 5,68 Punkten auf 21,18 Prozent noch tiefer ins historische Tief. Ihr Rückstand auf die ÖVP hat ein Rekordausmaß von 16,28 Prozentpunkten erreicht. Die FPÖ wurde nicht nur für „Ibizagate“, sondern auch für die kurz vor der Wahl bekannt gewordene Spesenaffäre ihres Ex-Chefs Heinz-Christian Strache abgestraft: Sie verlor fast zehn Prozentpunkte (9,80) - und liegt mit 16,17 Prozent weit hinter der geschwächten SPÖ auf Platz 3.

NEOS behaupteten sich in ihrer dritten Wahl mit einem deutlichen Zuwachs (2,80 Prozentpunkte) und ihrem nunmehr besten Ergebnis von 8,10 Prozent. Peter Pilz' Liste JETZT - die 2017 statt den Grünen ins Parlament eingezogen war - mußte sich nach nur zwei Jahren mit nur mehr 1,87 Prozent wieder verabschieden.

---

## Merkel-Sender will Kurz vorgeben, wer regierungstauglich ist

### ZDF-Nachrichten-Moderator verbietet Kurz, mit der FPÖ zu sprechen.

Westdeutschen Medien reicht die Bevormundung der Ostdeutschen nicht, sie wollen auch bestimmen, welche Partei in Österreich regieren darf. Nachdem der „Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“ es mit der Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ geschafft haben, die FPÖ aus der bösen Ösi-Regierung zu entfernen, hat der Angela-Merkel-Jubelsender ZDF noch eins draufgelegt.

### Deutscher Interventionismus

Wenn die FPÖ aus der Regierung draußen ist, dann soll sie auch draußen bleiben, lautete der Befehl aus Berlin, den der Moderator der Abend-Nachrichtensendung „Heute-Journal“, Klaus Kleber, am Sonntag Abend auch ÖVP-Chef Sebastian Kurz übermittelte. Denn der hatte angekündigt, mit „allen Parteien“ sprechen zu wollen.

### Keine Allianz mit „zweifelhaften Rechtsnationalen“

Warum Kurz eine Koalition mit den „Rechtsnationalen“ nicht ausschließe, „nach allem was geschehen ist“, wollte Kleber Kurz zur richtigen Antwort auf die Sprünge helfen. Als das nichts half, griff er zum ultimativen Totschlagargument: „Sie wissen, dass die deutsche Regierung, die Benelux-Regierungen, die Frankreich-Regierung und so weiter sehr darauf hoffen, dass die Allianz mit den zweifelhaften Rechtsnationalen in Österreich aufhört.“ Also Österreicher: Wählt nächstes Mal die Partei, die Euch Merkel, Macron und Brüssel vorgeben!

# Gerald G. Grosz, Facebook

**27. September 2018**

Man lerne: Die Meinungsfreiheit gilt nur für Linke, die Deutungshoheit über Fakten und Wahrheit gilt nur für Sozialisten, für GrünInnen, für GutmensInnen, für Merkelisten, für Kommunisten, für Tugendterroristen oder für Anarchisten. Alles was nicht in den geistigen Radius einer linksextremen Suppenschüssel passt – richtig - ist rechtsextrem oder reaktionär! Auch die Pressefreiheit ist eine Erbpacht pseudointellektueller, sich in maßloser Selbstüberschätzung befindlicher Analphabeten, die tatsächlich krampfhaft versuchen, in ihren medial transportierten Absonderungen einen philosophischen Ansatz zu finden, aber deren einzige Qualifikation leider nur die Baum- oder Gewerkschaftsschule war, deren Objektivitätsgebot sie nur vom Hören Sagen kennen. Überhaupt sind manche Journalisten, die ex cathedra urteilen eher verkappte Politiker, die niemals den Mut geschweige denn den strategischen Intellekt hatten, sich einem Wählervotum zu stellen. Auch das gesetzlich verankerte Demonstrationsrecht gilt nicht für Jedermann und Jederfrau, ist exklusiver Besitz der Linken. Wenn verummte und gewaltbereite Horden halb Hamburg abfackeln, Polizisten verletzen oder in Wien die Glasscheiben unbeteiligter Geschäfte einschlagen, sind sie „zivilgesellschaftliche und couragierte Aktivisten für den Weltfrieden“. Wenn unbedarfte und rechtschaffene Bürger auf die Straße gehen, friedliche Kritik an den Regierenden üben und auf ihre Rechte beharren, sind sie – richtig - Nazis und ihre Kundgebungen nicht vom Demonstrationsrecht umfasst. Auch die Demokratie in ihrer Gesamtheit ist kein Allgemeingut, wie sich manche vielleicht wünschen würden. Denn es gibt in den Augen einer kleinen Minderheit, die sich wie das Fettague auf der Rindssuppe gerne über die Mehrheit erhebt, einen gewaltigen Unterschied zwischen „guter und böser Demokratie“. Eine Brexit-Abstimmung, die mehrheitlich zu Lasten der EU-Institutionen ausgeht, ist in deren Augen schlechte Demokratie. Ein Votum für Emmanuel Macron hingegen ist gute Demokratie und verdient den Beifall der Eliten. Ein Merkel-Wähler ist ein aufrechter und lupenreiner Demokrat, ein FPÖ-Wähler hingegen kein Demokrat. Demokratie, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit gilt nur für Linke und wehe dem, der der autokratisch verkündeten Meinung der Ritter der Political Correctness widerspricht. Den holt überhaupt der Teufel des Shitstorms oder die Internetzensur. Und auf diese warte ich jetzt genüsslich.

---

---

## **Platz 8 für Wien bei Ranking der „unfreundlichsten Städte“**

*Die Bundeshauptstadt schneidet bei einem großen Voting nicht gerade gut ab.*

Wien wird regelmäßig als lebenswerteste Stadt der Welt ausgezeichnet. Die Bundeshauptstadt kann dabei bei Kritikerin wie Stabilität, Kultur, Umwelt oder Gesundheit punkten. Besucher fühlen sich in Wien aber weniger gut

willkommen, sie wählten Wien nun sogar in eine Liste der unfreundlichsten Städte der Welt.

### **Schlechte Atmosphäre**

Travelbook, Deutschlands größtes Online-Reisemagazin, ließ seine Community abstimmen, welche Städte sie auf ihren Reisen als besonders unfreundlich empfunden haben. Bewertet werden sollte dabei etwa, wie freundlich oder feindselig Bewohner gegenüber Touristen auftreten. Aber auch Kriterien wie Wetter und die generelle Atmosphäre in der Stadt spielen eine Rolle.

### **Wien landet auf Platz 8**

Herausgekommen ist nun ein höchst subjektives Ranking, bei dem Wien nicht gerade berauschend abschneidet. Die – hauptsächlich deutschen User – wählten Wien auf Platz 8 der „unfreundlichsten Städte“ der Welt. Noch schlechter schneiden aber andere europäische Städte ab: Berlin ist im Ranking vor Paris, München, Dresden und Venedig die unfreundlichste Stadt. Auch Köln und Moskau schnitten noch schlechter als Wien ab.

---

---

## **Justiz-Sumpf: Ehemann der BUWOG-Richterin verurteilt**

Der Ehemann der Richterin, die den ehemaligen Nationalratsabgeordneten Peter Westenthaler trotz Freispruchs in erster Instanz ins Gefängnis schickte, wurde nun selbst verurteilt. Der Oberste Gerichtshof befand, daß er einen Minister (Kurz) beleidigt, einen Beschuldigten (Grasser) vorverurteilt habe. Weiters wird spekuliert, daß eine Richterkollegin (Bandion-Ortner) Grasser unsachlich bevorzugen könnte.

Der Richter Manfred Hohenecker, Gatte der Richterin im Buwog-Prozeß gegen den ehemaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser ist wegen eindeutigen Tweets gegen Grasser nun vom Obersten Gerichtshof rechtskräftig zu einer Disziplinarstrafe verurteilt. Hohenecker muß eine Geldbuße in Höhe seines Monatsbezugs bezahlen. Die Anwälte von Karl-Heinz Grasser hatten Antrag auf Befangenheit gegen seine Ehefrau eingebracht. Das Gericht wies allerdings den Antrag mit dem Verweis ab, daß ihr nicht die Meinung ihres Mannes zugerechnet werden dürfte.

### **Ehefrau ist „Politprozess-Richterin“ von Peter Westenthaler**

Obwohl in der ersten Instanz freigesprochen, dann aber vor der Rechtswirksamkeit, vom Gericht aufgehoben, verurteilte die Richterin den damaligen BZÖ-Politiker Peter Westenthaler. Auf die Verurteilung ihres Gatten reagierte Westenthaler mit folgenden Post auf Facebook: „Was sagt man dazu. Richter Manfred Hohenecker, der Mann der Buwog-Richterin, die auch meine Richterin war, Marion Hohenecker, wurde nun vom Obersten Gerichtshof rechtskräftig verurteilt! Grund waren partei-politisch eindeutige Postings gegen Grasser und andere politisch nicht links Stehende. Unter anderem

postete der Herr Rat folgendes: „Tatsache ist aber: Wer für oder mit dem Herrn Schüssel gearbeitet hat, hat sich selbst für immer diskreditiert.“ Tja und seine Frau durfte dann zur Belohnung mein Verfahren leiten, indem sie einen klaren Freispruch erster Instanz bei selbigem Sachverhalt in eine Verurteilung verwandelte.

Schließlich war ich ja Klubobmann und Regierungspartner Schüssels 2000-2002. So geht Politjustiz in Österreich. Es erinnert fatal an Zeiten, wo Politrichter mit politisch Andersdenkenden kurzen Prozess machten.“

---

---

## **Vor der Wahl: Alle gegen die FPÖ, auch mit illegalen Mitteln**

**Ob die illegale Weitergabe von internen Spesen-Rechnungen oder die Weitergabe von Handydaten, die bei polizeilichen Hausdurchsuchungen beschlagnahmt wurden: Den Mainstream-Medien scheint jedes illegale Mittel recht, die FPÖ vor der Wahl anzuputzen. Von „moralischer Verantwortung“ sollten diese Herren künftig schweigen.**

### **Illegal: Handydaten von Sellner direkt an Medien**

Was tun sie, wenn in einem Polizeistaat die Polizei die Privatwohnung eines Mannes entert, sein Handy entwendet, die Handydaten auswertet und dieses dann nicht in einem regulären Gerichtsprozess verwendet, sondern sie an die Propaganda-Orgel der systemkonformen Medien weitergibt, damit diese Handydaten dann zur Anheizung der Öffentlichkeit genutzt werden? Richtig. Sie sagen, das ist keine Demokratie.

Wie paßt das aber zusammen, wenn das doch in der Demokratie passiert und sich niemand aufregt. Soeben am Wochenende geschehen: Die Handydaten des bösen identitären Aktivisten Martin Sellner wurden an die Mainstream-Presse weitergegeben. Diese hat sich furchtbar darüber empört, dass Sellner mit einem FPÖ-Politiker telefoniert habe. Und allen, wirklich allen Kommentatoren unserer gleichgeschalteten Medien ist völlig egal, daß es sich bei dem Vorgang um klaren Rechtsbruch handelt. Daß damit die Grundfesten einer Demokratie, daß man nämlich dem Staat vertrauen sollte, in Frage gestellt werden.

### **Skandalös: Verfassungsschutz gibt Daten weiter**

Diese ganze Sache stinkt zum Himmel – und ich weiß nicht was mehr stinkt: Die unzähligen Löcher im Verfassungsschutz, die immer wieder heikle Informationen an Medien weitergeben und dabei

auf das Amtsgeheimnis pfeifen, oder die Medien, die gekauft und scheinbar blind mitspielen. Dieser Rechtsbruch und mediale Wahnsinn in der Woche vor einer wegweisenden Nationalratswahl ist nichts anderes als offene und ungenierte Manipulation der österreichischen Wähler, die eingeschüchtert werden sollen. Die FPÖ soll kriminalisiert werden. Dazu ist jedes Mittel gut und billig. Auch wenn es offener Rechtsbruch

---

---

## **Grüner Korruptionskrimi: Auch rot-grüne Stadt spendete 450.000 Euro an Chorherrn Vereine**

Während sich die gesamte Medienlandschaft Österreichs auf die Spesenabrechnung von Heinz-Christian Strache stürzt, droht ein wahrer Korruptionskrimi, bei dem es wirklich um satte Summen geht, völlig unterzugehen: Die Affäre rund um den früheren Stadtrat der Wiener Grünen, Christoph Chorherr.

### **Skandal weitet sich aus**

Wie berichtet, besteht der Verdacht, daß manche Immobilieninvestoren nach Spenden an Chorherrn Charity-Verein „S2Search“ gewisse Flächenwidmung-Wünsche auch erfüllt bekommen hätten. Untersuchungen laufen.

Jetzt aber weitet sich der Skandal aus: Wie die Tageszeitung Österreich herausfand, soll auch die rot-grüne Stadt Wien insgesamt 450.000 Euro für den Verein des Grünen gespendet haben – dem Vernehmen nach für sein afrikanisches Schulprojekt „Ithuba“.

### **Kritik vom Stadtrechnungshof schon 2017**

Damit haben also auch die Wiener Steuerzahler eine gewaltige Summe für Chorherrn Spendensammlung beigetragen. Und damit stehen nicht nur die Grünen am Pranger, sondern auch die SPÖ, die das zugelassen hat. Die Grünen-Affäre weitet sich also auch zum Skandal der Roten aus.

**Pikant:** Der Stadtrechnungshof soll bereits 2017 Mängel bei der „Vorlegung von Unterlagen“ und in der „Aufschlüsselung der Mittelverwendung“ festgestellt haben.

### **FPÖ will alle Vereine durchleuchten**

Wie undurchsichtig und skurril die Fördermethoden der Stadt Wien seit Jahren sind, haben die Freiheitlichen schon oft aufs Tapet gebracht. Diesen Korruptionskrimi um Spenden an Chorherrn Verein will die Wiener FPÖ nun mit einer Untersuchungskommission klären. Zudem sollen sämtliche Vereine der Stadt Wien durchleuchtet werden. Für Christoph Chorherr gilt die Unschuldsvermutung.

---

---

## **ZITAT**

*Politische Tageserfolge können im Bewußtsein eines Volkes verblassen. Was aber bleibt und weiterwirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung, hinter der eine Idee steht.*

Konrad Adenauer

## Wiens Skandal-Spital KH Nord: Erster Manager gefeuert

### Laut Berichten der „Krone“ soll Werner Steinböck, Leiter des KH Nord, wegen einer Gehälterpanne gehen müssen.

Im Wiener Krankenhaus Nord - das inzwischen Klinik Floridsdorf heißt - wird ein neuer Verwaltungsdirektor gesucht. Der Krankenanstaltenverbund informierte am Donnerstag, daß der bisher mit der Funktion betraute Mitarbeiter zurückgetreten ist. Laut „Kronen Zeitung“ soll es Probleme bei der Gehaltsabrechnung gegeben haben.

Das Großspital in Floridsdorf, dessen Bau für Schlagzeilen sorgte, ist erst vor kurzem in Betrieb gegangen. Der Verwaltungsdirektor nimmt laut dem Zeitungsbericht seinen Hut, weil Bedienstete über einen längeren Zeitraum zu wenig Gehalt bekommen haben. Zulagen seien nicht oder zu gering ausbezahlt worden.

Gegenüber der „Krone“ versicherte der KAV, daß den Betroffenen das Geld nachgezahlt wird. Trotzdem wird die Stelle des zuständigen Managers neu besetzt. Laut KAV legt der Verwaltungsdirektor mit 7. Oktober nämlich seine Funktion auf eigenen Wunsch zurück. Der Posten wird interimistisch intern nachbesetzt und neu ausgeschrieben.

### Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität nimmt ausländische Dealer fest

Ein neuerlicher Schlag gegen den fest in der Hand von Migranten befindlichen Straßenhandel mit Drogen ist der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS) gelungen. Sowohl im Bereich der Schnellbahnstation Rennweg, Wien-Landstraße, als auch in der U-Bahn-Station Praterstern, Wien-Leopoldstadt, gelang ein erfolgreicher Zugriff gegen Drogenhändler aus Liberia und Afghanistan. Dabei konnten Kokain und Marihuana sichergestellt werden:

Die EGS konnte im Zuge einer zivilen Streife in der S-Bahnstation Rennweg einen 23-jährigen Mann aus Liberia festnehmen. Er hatte zuvor Kokain in unbestimmter Menge verkauft.

In den frühen Abendstunden verlagerte sich die Streife in die U-Bahnstation Praterstern, wo zwei 17-Jährige (beide afghanische Stbg.) beim Verkauf von Marihuana beobachtet werden konnten. Einer der beiden wurde noch am Tatort festgenommen, der andere flüchtete kurzzeitig und versteckte sich in einem Gebüsch in der Nordbahnstraße. Da ihm die Polizisten in kurzem Abstand folgten, konnten sie sein Versteck rasch ausfindig machen.

#### Aggressiver junger afghanischer Drogendealer warf Ware weg

Ein aggressiver junger afghanischer Drogendealer wehrte sich gegen die Festnahme und warf Marihuana weg: *Da er sich gegen die Festnahme wehrte, mußte Körperkraft angewendet werden. Ein Zeuge beobachtete, wie der Geflüchtete einen Gegenstand weggeworfen hatte. Die Beamten fanden das weggeworfene Gut, dabei handelte es sich ebenfalls um ein Päckchen Marihuana. Das Suchtgift wurde sichergestellt, die beiden Jugendlichen vorläufig festgenommen.*

## „NEUES EUROPA – WERTE UND NATIONEN“

### *Der Aufstand der Völker hat begonnen!*

Frustriert starrte mancher Patriot am Wahlabend auf den Bildschirm. Die ersten Hochrechnungen der EU-Wahl werfen Fragen auf: Ja gut! Die „Rechtsparteien“ wurden stärker. Aber: Wie konnte es angesichts der katastrophalen Gesamtlage sein, daß noch immer so viele Millionen in ganz Europa jene Parteien wählen, die doch genau dieses Europa überfremden, ausbeuten, abschaffen wollen?

Die Aussage, daß wir inmitten eines evolutionären Veränderungsprozesses seien und dankbar für jeden noch so kleinen Schritt nach „rechts“ sein dürften, wirkt dagegen wie eine Provokation. Denn, so fragen sich berechtigterweise viele, wie kann es nur sein, dass die Grünen oder die Roten nicht längst abgewählt oder mit Schimpf und Schande davongejagt werden, sind sie doch unmittelbar verantwortlich zu machen für jenen Albtraum, aus dem aufzuwachen unser aller sehnlichster Wunsch ist.

### **Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN***

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

**Wiener Beobachter, Folge 270** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.  
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)  
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. \* Erscheinungsort: Wien \*